



Wo bleibt das Meldeportal für Hinweise auf Steuer- verschwendung?

Bund der Steuerzahler: Rot-Grün setzt einseitig auf den Schutz der Staatshaushalte

Hannover, den 29. März 2023 – Zu dem Vorhaben der Niedersächsi-
schen Landesregierung, ein digitales Meldeportal für Steuerdelikte
einzurichten, um auf eine "gleichmäßige und gerechte Besteuerung"
hinzuwirken, erklärt der Landesvorsitzende des Bundes der Steuer-
zahler Niedersachsen und Bremen, Bernhard Zentgraf:

**"Ins Auge sticht, wie einseitig die Niedersächsische Landesregierung
an den Schutz der öffentlichen Einnahmen und der Staats- und Kom-
munalhaushalte herangeht. Ein anonymes Meldeportal für unwirt-
schaftliches Amtshandeln, für Steuerverschwendung, für Haushalts-
rechtsverstöße durch Amtsträger oder für parteipolitische Ämterpat-
ronage gibt es nicht und ist auch nicht beabsichtigt. Ich fordere des-
halb die Landesregierung auf, zügig ein Konzept für ein digitales Por-
tal zum Schutz der Staats- und Kommunalausgaben zu entwickeln."**

SPD und Grüne hatten im Koalitionsvertrag 2022-2027 formuliert: "Wir wol-
len ein digitales Meldeportal für Steuerdelikte einrichten". Dass die Finanz-
ämter anonyme Tipps erreichen, in denen mögliche Steuerverfehlungen
anderer Personen oder Firmen gemeldet werden, ist an sich nichts Neues.
Mit einem digitalen Meldeportal soll nunmehr eine anonyme Kommunika-
tion zwischen Hinweisgeber und Steuerverwaltung möglich werden, be-
richtet der Bund der Steuerzahler. Anhand entsprechender Rückfragen
kann eine steuerliche und strafrechtliche Prüfung des Sachverhaltes ge-
zielter durchgeführt werden, als dies heute bei "analogen" Hinweisen mög-
lich ist, die eben keine Rückfragen zulassen. Der Bund der Steuerzahler
wundert sich nun, warum die Kommunikation im Rahmen der Finanzkon-
trolle nicht ebenso einfach, digital und diskret erfolgen soll. "Liegt es an der
in öffentlichen Behörden noch immer festzustellenden Handlungsdevise
'Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus'?", fragt Zentgraf.